



*J. Elsässer und
MdB Renner im Jungfernstieg*

Vor 190 Jahren: Das Hambacher Fest

Vor 100 Jahren: Der Mord an Walther Rathenau

TREND

NEUER ZEITGEIST

**70 Jahre
innerdeutsche Grenze**

Liebe Leser,

am 26. Mai 1952 riegelte die DDR die Grenze zur Bundesrepublik ab. Die Sperren waren noch nicht ganz so unüberwindlich wie nach dem Mauerbau 1961.

Doch auch schon vor 1961 wurden ostdeutsche Bauern an der Grenze erschossen, die Produkte in West-Berlin verkaufen wollten.

Der Horror der innerdeutschen Grenze sollte bis 1989 die Deutschen in Angst und Schrecken halten. Gleichwohl waren etliche West-intellektuelle bereit, die tödliche DDR-Grenze als gegebene Tatsache hinzunehmen.

Gordon Sumner, besser unter dem Namen „Sting“ bekannt, textete einmal „I hope the Russians love their children too“, auch wenn „Nikita Chruschtschow sage, wir werden Euch beerdigen“, so der Liedtext auf Deutsch übersetzt. Man muß kein Freund Vladimir Putins sein, um

Respekt vor dem russischen Volk zu haben und ihm weiterhin Achtung entgegenzubringen. Ein Angriffskrieg setzt den Angreifer per se ins Unrecht.

Andererseits hat jeder Krieg eine Vorgeschichte.

Wir hoffen alle, die Kriegshandlungen in der Ukraine sind in Bälde beendet.

Aber werden dann auch die Resentiments gegenüber allem Russischen, insbesondere gegenüber den Russen in unserem Land, beendet sein?

Der Westen hat russische Gegner der Politik Putins aufgefordert, Rußland zu verlassen, um in Deutschland eine neue Heimat zu finden. Wenige Russen sind diesem Aufruf gefolgt.

Der russischen Präsident Medwedjew sandte zügig eine Retournote:



Inhalt

Seite 2 *Editorial/Verkehr*

Wild – Nur für Dich

Seite 3–5 *Leitthema*

Mitten durch Deutschland

Seite 6-8 *Aktuell*

MdB Martin Renner

Seite 8 *Vermischtes*

Verlosung, Kaplaken, Glosse

Seite 9-11 *Politik*

Vor 190 Jahren: Hambacher Fest

Seite 12 *Buchbesprechung*

Petr Bystron:

„Make Europe Great again“

Seite 13 *Lesung*

Jürgen Elsässer i.d. Staatsreparatur

Seite 14 *Filmbesprechung*

Winterkrieg

Seite 16-19 *Geschichte*

Rathenau-Mord von 100 Jahren

Seite 20 *AfD Hintergrund*

Bildung tut Not

Staatsreparatur
Frieden mit Rußland
Gespräch und Tafel für Verständigung
Sa, 25.6., ab 14.00 Uhr
Jungfernstieg 4b
12207 Berlin, S-Bhf. Lichterfelde-Ost
Freunde der Staatsreparatur e.V.

Deutsche Kritiker der Politik Olaf Scholz' fänden in Rußland Aufnahme.

Für Verbrüderungen Deutschlands mit den USA oder mit Rußland gibt es keinen Anlaß. Die Art, wie uns die Amerikaner quasi „verboten“ haben, Northstream 2 in Betrieb zu nehmen, stimmt nachdenklich.

Eine Äquidistanz zu den beiden Weltmächten stünde uns gut zu Gesicht. Sanktionen und Waffenlieferungen mögen gut gemeint sein. Zeifellos schaden sie aber Deutschland und dienen daher nicht unseren Interessen.

Ihr Andreas Wild





Brandenburger Tor von der Westseite um 1958. Nach dem Mauerbau stand das Achtung-Schild immer noch an dem Ort, allerdings verbarrikadierte ein besonders dicker Betonwall das dahinterliegende Tor. Im November 1989 war diese Dimensionierung praktisch: Man konnte hier besonders gut auf der Grenzanlage feiern.

Vor 70 Jahren sperrte die DDR die innerdeutsche Grenze und den Außenring um West-Berlin. Mit dieser Abriegelung der Ostzone wurde die Teilung Deutschlands bereits neun Jahre vor dem Mauerbau 1961 offenkundig.

Im Mai 1952 fand mit der Unterzeichnung des Deutschlandvertrages und des Vertrages über die Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland ihren Abschluß. Die 1952 noch unter dem Protektorat der Sowjetuni-

on stehende DDR reagierte hierauf auf Weisung der Sowjetunion in der dem Sowjetkommunismus gemäßen Art. Am 26. Mai 1952, dem Tag der

Der „kleine Grenzverkehr“ kam nun völlig zum Erliegen

Unterzeichnung des Deutschlandvertrages, erließ die DDR-Regierung eine Verordnung über „Maßnahmen an der Demarkationslinie“ zwischen der DDR und der Bundesrepublik, in der eine verstärkte Grenzbewachung angekündigt wurde, um das weitere

„Eindringen von Diversanten, Spionen, Terroristen und Schädlingen“ in die DDR zu verhindern. Nur einen Tag später folgte eine „Polizeiverordnung“ des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR „über die Einführung einer besonderen Ordnung an der Demarkationslinie“. Darin wurden die Einführung eines 10-Meter-Kontrollstreifens, eines 500-Meter-Schutzstreifens und einer 5-Kilometer-Sperrzone entlang der Grenze zur Bundesrepublik verfügt.

Die Bewohner des Grenzgebiets bedurften von nun an einer durch





Von der DDR zerstörte Straße an der Berliner Grenze in Lichtenrade

Stempel in ihren Ausweisen nachgewiesenen besonderen Wohnberechtigung für das Grenzgebiet. Nur wer beim jeweiligen Grenzpolizeikommando als Einwohner oder dort Beschäftigter registriert war, durfte den 500-Meter-Schutzstreifen betreten.

Durch die angeordneten Sperrmaßnahmen wurde der bis dahin noch mögliche Verkehr über die „grüne Grenze“ praktisch unterbunden. Zwischen der DDR und der Bundesrepublik gab es von nun an nur noch vier Straßenübergänge, sieben Eisenbahnübergänge und drei Wasserstraßenübergänge. Unterbrochen wurden 36 Eisenbahnlinien, 3 Autobahnen und 30 Bundes- bzw. Fernstraßen. Darüber hinaus wur-

den Ende Mai/Anfang Juni 1952 aber noch Tausende kleinerer Straßen bis hin zu Gemeinde- und Wirtschaftswegen unterbrochen und mit Stacheldrahtzäunen und anderen Hindernissen versperrt. Hunderte von landwirtschaftlichen Betrieben wurden so entlang der Demarkationslinie zerschnitten. Auch der „kleine Grenzverkehr“ zwischen den Bewohnern der Gemeinden an der Zonengrenze kam so zum Erliegen.

Im Zusammenhang mit diesen Sperrmaßnahmen wurden Ende Mai und Anfang Juni 1952

unter dem bezeichnenden Decknamen „Aktion Ungeziefer“ etwa 8000 „unzuverlässige“ Personen aus den Grenzkreisen der DDR zwangsweise in grenzfernere Regionen der DDR umgesiedelt. In einer Reihe von Orten kam es hierbei zu Protesten der Bevölkerung und gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Hunderten eingesetzter „Volkspolizisten“.

In Berlin wurde zunächst von der Ost-Berliner Post am Morgen des 27. Mai 1952 der Telefonverkehr zwischen den beiden Stadthälften unterbrochen. Einen Tag später setzten dann auch Sperrmaßnahmen in und um Berlin ein. Allerdings vermochten sie anders als die Sperrmaßnahmen an der innerdeutschen Zonengrenze, die innerhalb weniger Wochen zu einer völligen Abschließung der DDR führten, wegen der vielfältigen Verflechtungen der beiden Stadthälften untereinander und mit ihrem Umland noch keine völlige Trennung zu bewirken. Immerhin wurden von den bis dahin noch offenen 178 Straßen, die von West-Berlin in den Sowjetsektor oder das DDR-Umland führten, binnen acht Tagen weitere 63 durch Errichtung von Hindernissen gesperrt. An mehreren Stellen der Außengrenze West-Berlins wurden zudem Grenzstreifen wie an der innerdeutschen Grenze angelegt.

Darüber hinaus galt ab dem 1. Juni



Die Kartellparteien nennen sich gerne „die Demokratischen Parteien“, um sich von der AfD abzugrenzen.



1952 ein Verbot für West-Berliner, das Gebiet der DDR (außerhalb Ost-Berlins) ohne spezielle Passierscheine zu betreten. Derartige Passierscheine wurden in der Folge aber nur in seltenen Einzelfällen ausgestellt, so daß seit dem 1. Juni 1952 der Verkehr vom Westteil Berlins in das Umland nahezu unterbunden war. West-Berliner durften künftig weder ihre in der DDR gelegenen Kleingärten und sonstige Immobilien aufsuchen. Auch war ihnen verwehrt, die Gräber von auf Friedhöfen im Berliner Umland beigesetzten Angehörigen zu besuchen. Alle Häuser und Grundstücke von West-Berlinern in der DDR wurden dort im Juli 1952

Unkontrollierte Reisen waren künftig unmöglich

unter staatliche Zwangsverwaltung gestellt.

Allerdings durften die Bewohner der DDR weiterhin den Westteil Berlins besuchen wie auch die West-Berliner den Ostteil ihrer Stadt. Auch blieb das S-Bahn-Netz weiter erhalten und ermöglichte für die Bewohner des Berliner Umlandes die Verbindung mit dem Westen Berlins, wenngleich dies für die West-Berliner umgekehrt nicht mehr galt.

Die Sperrmaßnahmen vom Frühjahr 1952 trugen maßgeblich zur Abkapselung der DDR vom Westen Deutschlands bei. Von nun an waren unkontrollierte Reisen von einem Teil Deutschlands in den anderen – sieht man einmal vom Ausnahmefall Berlin ab – nicht mehr möglich. Alle Reisemöglichkeiten hingen nun von Genehmigungen der DDR-Behörden ab, die zunehmend seltener erteilt wurden. Gleichwohl hatte die SED weiterhin noch nicht die volle Kontrolle über die in ihrem Machtbereich lebenden Menschen, denn

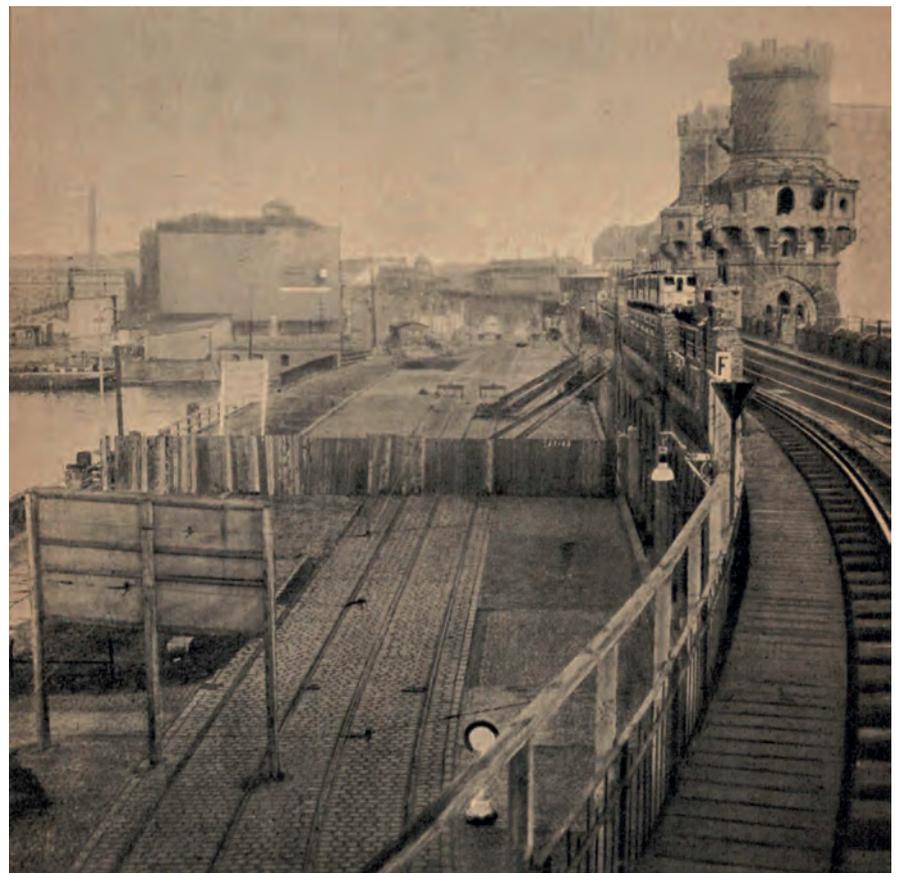


Junge in Rudow an der Schönefelder Straße. Die von Rudow nach Schönefeld führende Straße war seit 1952 von der DDR geschlossen, und mittels Barrikaden für den Verkehr gesperrt.

die offene innerstädtische Grenze in Berlin und das Berliner S-Bahn-System mit seinen Vorortstrecken ins Umland ermöglichten für noch mehr als neun Jahre die unkontrollierte Abwanderung aus dem Staat

der SED. Von 1952 bis zum 13. August 1961 sollten mehr als 2,1 Millionen Menschen diese Chance zur Flucht aus der DDR nutzen.

M. B.



Blick auf die Oberbaumbrücke von Kreuzberg nach Friedrichshain um 1950. Der Bretterzaun ist wahrscheinlich ein Bauzaun. Die U-Bahn fuhr noch über die Spree.



Der vorletzte „Mohikaner“: Martin Renner in der Staatsreparatur



Gründungsmitglied, Logo- und Namensfinder: Andreas Wild bedankt sich bei MdB Martin Renner

Martin Renner wollte einmal katholischer Pfarrer werden. Sein Leben verbrachte der aus Reutlingen und einem christlich orientiertem Umfeld stammende Renner, nicht wie ursprünglich geplant in der Amtskirche, sondern in der Wirtschaft. Er blieb dabei dem katholischen Wertekanon treu.

„Reutlingen“ hörte ich Martin Renner im Gespräch in einer kleinen Menschentraube vor der Staatsreparatur sagen. Die Art, wie ein Schwabe „Reutlingen“ ausspricht, unterscheidet sich von Eva Mattes' (alias Klara Blum) „Kripo Konschtanz“ beim Konstanzer Tatort. Lügenfernsehen.

Wenn Martin Renner „Roitlinge“ sagt, dann schaltet beim Schwaben, auch beim assimilierten, ein Schalter um, und der Schwabe verfällt ungewollt in den Schwäbisch-Modus.

Die umstehenden Berliner können

das nicht nachvollziehen, aber so ist das halt mit Geheimbünden.

Martin Renner beklagt das hündische Kriechen der Intellektuellen vor der Opportuniät gegenüber der linksgrünen Wokeness.

Renner sieht in dieser Einstellung, die weniger auf Überzeugungen beruht, als auf vorausseilender Anpassung, kein grundsätzliches Haltungsproblem.

Das kennt man ja. Vor Kriegsende großer Anhänger des Nationalsozialismus, aber schon vor der amerikanischen Reeducation seit jeher begeisterter Demokrat.

Renner zitierte Milton Friedman, der schon vor langer Zeit darauf hingewiesen hatte, Sozialstaat und offen Grenzen schlossen einander aus.

Die natürliche Trinität eines Volkes: „Gemeinschaft - Raum - Traditionen“ verlangten eben gerade jene Grenzen,

die „No Border-No Nation“-Claqueure für überflüssig halten und den globalistischen Eliten und weltweit agierenden Unternehmen im Wege stehen.

Renner hält die genannte Trinität für eine „Conditio humana“.

Diese Conditio humana wird in unserer Zeit von der geschürten Angst vor Corona und Klimakatastrophe sowie einer Hypermoralität bedrängt.

Wie soll man ein normaler Mensch werden, wenn der Weltuntergang und die eigene Schuld daran permanent aus allen Lautsprechern schallt.

Man kann der Gehirnwäsche entgehen, dann darf man allerdings weder Fernsehen schauen noch Radio hören. Auch die Printpresse ist weitestgehend zu meiden. NZZ, Junge Freiheit und Preußische Allemeine ausgenommen.

Letztens vergaß ein väterlicher Freund eine FAZ auf meinem Tisch. Die Lektüre führte mich von bejubelter alternativloser Elektromobilität





über Gender und Diversity-Preis zu feministischer Moral. Schlimmer als die Heute-Sendung. Kein Wunder, daß uns die Ü60 nicht wählen, die sich diese Tendenzinformationen jeden Tag gedruckt oder gesendet ins Hirn schleusen.

Zurück zu Martin Renner: Er gab zu,

enthalt in jedem vom Menschen ausgewählten Staat vorsieht.

Das ist natürlich starker Tobak. Wäre ein in Einklang Bringen dieses Widerspruchs naturrechtlicher Übung und nationaler Regelungen gegenüber der UNO-Anweisung nicht auch durch eine Änderung der UNO



im Verfassungsschutzbericht zu stehen:

Bei der Formulierung der gesetzeskonform stattfinden müssenden Rückführung von hier nicht hergehörenden Migrantinnen hatte Renner vergessen hinzuzufügen, daß die Uno-Menschenrechtskonvention einem jedem Menschen einen legalen Auf-

Regularien oder durch einen Austritt aus der UNO zu bewerkstelligen? Darüber muß ich mal nachdenken. Aber am besten nicht zu laut, sonst stehe ich selbst im nächsten Verfassungsschutzbericht.

Renner wäre nicht Renner, wenn er im Zusammenhang mit dem ausufernden Sozialstaat und der regel-

losen Einwanderung Thomas von Aquin zitierte, der uns hinterließ: **„Recht ohne Barmherzigkeit ist Unrecht. Aber Barmherzigkeit ohne Recht ist unbarmherzig.“**

Die Auflösung der Geschlechter seit dem New Age der 70-er Jahre durch Vernebelung der Geschlechter-Polarität begründet durch die Frankfurter Schule, bezeichnete Renner als Satanismus.

Im anschließenden Gespräch konnte man von Renner Positionen zu innerparteilichen Positionen erfahren.

Er ist und bleibt Gegner des korrupten Parteiensystems. Dazu gehören auch die Stiftung.

Delegiertensysteme mit Delegierten, die gleichzeitig bei Fraktionen, Mandatsträgern oder der Partei in Lohn und Brot stünden, führen in den Filz der Kartellparteien oder wie Renner sagt, in die NED - Die „Neue Einheitspartei Deutschlands“.

Renner schloß mit seinem einstigen Tübinger Nachbarn Hölderlin: „Aber wo die Not am größten ist, wächst das Errettende auch.“

Damit schloß Renner den Abend, merkte allerdings noch an, Hölderlin sei in Tübingen wegen Wahnsinns vorsichtshalber in ein oberes Stockwerk eines Turm gesperrt worden.

Andreas Wild

Von Dejan Senic

In Sachen Kommunikation der Partei nach außen ist Renner nach seiner Aussage nicht glücklich.

Die Art, wie die Partei wahrgenommen würde, führe zu einer Marginalisierung der Partei

Weder bei der Corona- noch bei der Ukraine-Krise sei die Partei in der Lage gewesen, nach außen eine überzeugende Alternative zu den Kartellpar-



War Hölderlins nicht ganz freiwillige Wohnstatt. Hölderlinturm in Tübingen



teien darzustellen.

Es werde darauf ankommen, sich in Sachen strategischer Kommunikation viel besser als bisher aufzustellen.

Der Umgang mit dem politischen Vorfeld sei zu überdenken. Abgrenzung gegenüber den eigenen Unterstützern schaffe der AfD trotz gegenteiliger früherer Hoffnungen keine Anerkennung der Etablierten im Politikbetrieb.

Trotz aller beunruhigenden Entwicklungen in Deutschland und der Welt, gelte es im christlichen Sinne die Hoffnungen nicht zu verlieren. Unser Kampf müsse dem Satanismus gelten, gleich ob er im Gewand der Familienerosion, der Geschlechterrelativierung oder der Auflösung des Staates und des Volkes aufgetischt wird.

Christen fällt der Glaube ans Gelin-

gen, an die Fortsetzung der Jahrhunderte alten Traditionen auf unserm Staatsgebiet leichter, als Agnostikern.

Glücklicherweise sind Christen häufiger mit dem Segen, eigene Kinder zu haben, bedacht.

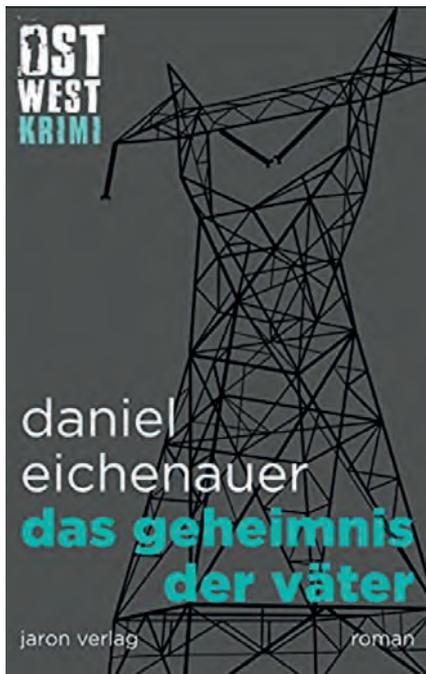
Da Hölderlin schon zitiert wurde, schließen wir an dieser Stelle mit Claus Schenk Graf von Stauffenberg: „

Es lebe das Heilige Deutschland!“

Dejan Senic



Buchverlosung



In der April-Ausgabe des Trend hatten wir ein Exemplar dieses leider vergriffenen Buches zur Verlosung gebracht. Unter den Zuschriften zogen wir den Glücklichen Gewinner. Die Gunst unserer Glücksfee Mechthild Meckes fiel auf eine Mailzuschrift aus Charlottenburg: Dieter Heider ist der glückliche Gewinner!

Kaplaken



Der Begriff Kaplaken stammt aus der Seemannssprache. Er bezeichnet die Zulage, die ein Kapitän nach erfolgreicher Fahrt über die vereinbarte Heuer hinaus erhält. Der Antaios-Verlag gibt als „Hilfe zum Selbstdenken“ eine Büchlein-Reihe unter diesem Namen heraus.

Die Partei und ihr Vorfeld - kaplaken 81 - ist vor allem für Berliner Freunde der Alternative für Deutschland interessant.

Benedikt Kaiser ist Anhänger des Mosaikgedanken. Ein sich gegensei-

Berliner Schnauze

Begegnen zwei Berliner auf dem Troittoir einem Dritten
Dieser grüßt.

Als er vorbei ist, fragt der Erste:

„Meint der mir?“

„Mich“ verbessert der Zweite.

Der Erste: „Wat Ihnen?“

„Sie“ erwidert erneut der Zweite.

Befriedigt der Erste:

„Na sach' ick doch: Also doch mir!“

tig stützendes System von Partei und Vorfeldvereinigungen.

„Da die Verlockungen des Parlamentaris die Führungsebene korrumpiere, kämpfe diese “so manisch gegen Vorfeldvereinigungen und Junge Alternative.“

Erinnert mich an den Kampf des Landesvorstandes Berlin gegen die Staatsreparatur.

Sicher ist eines. Partei und Vorfeld müssen wachsen. Die Vorstände sind am Erfolg bei dieser Aufgabe zu messen.

AW



Vor 190 Jahren Das Hambacher Fest

Hoch über dem pfälzischen Hambach bei Neustadt an der Weinstraße erhebt sich das auf eine mittelalterliche Burganlage zurückgehende Hambacher Schloß. Vom 27. Mai bis zum 1. Juni 1832 fand hier mit dem „Hambacher Fest“ die größte politische Volksversammlung der Vormärzzeit statt.

Die Ruine der, im Pfälzischen Erbfolgekrieg von den Franzosen 1688 zerstörten, Burganlage befand sich seit 1823 in Privatbesitz und wurde als Ausflugslokal genutzt. Am 20. April 1832 hatten 32 Neustadter Bürger mit einem Flugblatt zu einem „Deutschen Mai“, der als „ein Fest der Hoffnung“ begangen werden sollte, für Sonntag, den 27. Mai 1832 auf das Schloss zu Hambach aufgerufen. Bei den Unterzeichnern handelte es sich überwiegend um wohlhabende

Geschäftsleute und Landbesitzer, darunter auch einen der Miteigentümer der Burganlage. Die meisten der Unterzeichner gehörten zudem dem wenige Monate zuvor entstandenen „Deutschen Preß- und Vaterlandsverein“ an, der die liberale Presse in der Rheinpfalz wirtschaftlich unterstützen wollte, aber auch eigene Flugschriften herausgab. Die Unterzeichner des Neustadter Aufrufs bildeten zugleich das Festkomitee zur Organisation und Durchführung des geplanten Festes.

Der Aufruf fand nicht nur in der Rheinpfalz Verbreitung, sondern ging auch an die Ortsverbände des Preßvereins und wurde in vielen liberalen Zeitungen auch außerhalb der Rheinpfalz veröffentlicht und als Flugblatt verbreitet. Am 8. Mai 1832 verbot der Regierungspräsident des

bayerischen Rheinkreises das angekündigte Fest und verhängte zugleich eine Art Ausnahmezustand über die Umgebung von Hambach, was aber eine derartige Protestwelle in der liberalen Öffentlichkeit wie auch bei den örtlichen Behörden auslöste, daß das Verbot am 17. Mai wieder aufgehoben wurde. Das gescheiterte Verbot hatte der Veranstaltung noch zusätzliche Publizität verschafft, so daß das Fest seinen Zweck im Sinne der Veranstalter schon fast erfüllt hatte, bevor es überhaupt stattfinden konnte.

Auch während der Verbotsphase waren die Festvorbereitungen zügig vorangegangen: Die Zufahrt und der Festplatz am Hambacher Schloßberg wurden ausgebaut und neu gestaltet, die Neustadter stellten Lebensmittel und Unterkünfte bei Privatleuten,



in Schulen usw. für die Teilnehmer bereit, die nicht am selben Tag zurückkehren wollten. Mit 300 Handwerksge­sell­en übte der Journalist Jakob Siebenpfeiffer, der auch schon den Aufruf entworfen hatte, das Lied „Hinauf Patrioten zum Schloß!“ ein. Außerdem organisierten sich über die liberale Presse Reisegruppen zur gemeinschaftlichen Fahrt nach Neustadt.

Am 27. Mai versammelten sich die Festteilnehmer auf dem Neustadter Markt­platz und zogen dann in geordneter Pro­zession zum Schloßberg, wo sich nach und nach 20.000 bis 30.000 Teilnehmer aus ganz Deutschland, aber auch aus Frankreich, England und Polen einfanden. Die meisten Teilnehmer waren zeitgenössischen Berichten zufolge Angehörige des Besitz- und Bildungsbürgertums, Kaufleute, wohlhabendere Handwerksmeister, Studenten, Ärzte und Juristen. Aber auch viele Handwerksge­sell­en, Kleinbauern und Tagelöhner waren gekommen, soweit es ihre Arbeitszeit, die Entfernung nach Neustadt und die Kosten erlaubten.

Die Teilnehmer wurden von dem Mitglied des Festausschusses Philipp Hepp, einem Arzt aus Neustadt begrüßt. Daran schlossen sich Ansprachen Siebenpfeiffers und des Zeitungsherausgebers Johann August Wirth an. In einem Grußwort betonte der Straßburger Lucien Rey sodann die Solidarität der Franzosen mit den patriotischen Deutschen. Nach einer Mittagspause folgten weitere Reden von pfälzischen und auswärtigen Bürgern, Studenten, Journalisten, Pfarrern und Handwerkern an verschiedenen Plätzen des Schloßberges, denen jeweils nur ein Teil der Anwesenden zuhören konnte. In mehr als zwanzig Reden erläuterten die Festteilnehmer ihre Vorstellun-

gen von der augenblicklichen politischen Lage und der künftigen Gestaltung Deutschlands.

Für den folgenden Tag hatten einige Redner zu einer Versammlung in das dem Hambacher Schloß benachbarte Schießhaus eingeladen. Hier sollten vor allem die Wortführer der Opposition aus den verschiedenen Staaten des Deutschen Bundes über die weitere Vorgehensweise gegen die fortschreitende Reaktion der Regierungen beraten. Neben den führenden Köpfen der Bewegung trafen sich hier nochmals mehrere hundert Menschen, die in den verschiedenen Räumen des Hauses und im Garten diskutierten und Reden hielten. Es gab keine Tagesordnung und keine Veranstaltungsleitung. Daher nahm die Versammlung einen ungeordneten Verlauf. Schließlich schlug Siebenpfeiffer die Wahl von Vertrauensleuten aus den verschiedenen deutschen Landschaften vor. Die daraufhin durch öffentlichen Zuruf Gewählten zogen sich in das Haus des Neustadter Abgeordneten Schoppmann zurück, wo sich 18 Personen zur weiteren Beratung einfanden. Unter dem Vorsitz des Vorsitzenden des Preßvereins, des Abgeordneten Friedrich Schüler, beschlossen sie zunächst die Herausgabe einer Beschreibung des Festes sowie die Initiierung weiterer derartiger Feste in anderen deutschen Staaten. Die Beratung des weiteren Vorgehens endete dagegen nach einer zweistündigen dramatischen Sitzung, ohne daß es zu einer Einigung kam.

In den folgenden Tagen fanden noch Nachversammlungen an der Hambacher Schloßruine vor zum Teil neu angereistem Publikum statt, ohne daß es hierzu Herausragendes zu berichten gibt. Am 1. Juni 1832 wurde das Hambacher Fest mit der Einholung der beiden auf der Bur-

gruine aufgesteckten Fahnen offiziell beendet. Die schwarz-rot-goldene Fahne mit der Aufschrift „Deutschlands Wiedergeburt“ befindet sich heute im Neustadter Heimatmuseum.

Die Reaktion der damaligen Behörden auf das Fest ließ nicht lange auf sich warten. Mitte Juni 1832 wurden Siebenpfeiffer, Wirth und andere Anführer der Hambacher Bewegung verhaftet. Schüler und den übrigen Vorstandsmitgliedern des Preßvereins gelang die Flucht nach Frankreich. Am 28. Juni beschloss der Deutsche Bundestag in Frankfurt sechs Bundesartikel, die als Ergänzung der Bundesakte von 1815 galten und die Befugnisse der Landstände und die Rechte der Landtage in den Mitgliedsstaaten des Bundes einschränkten. Damit sollte vor allem den Liberalen ihr legales politisches Hauptbetätigungsfeld genommen werden. Am 5. Juli folgte ein Beschluß, der politische Volksversammlungen, Volksfeste und Vereine sowie das Zeigen der deutschen Farben Schwarz-Rot-Gold verbot und unter strenge Strafe stellte. Außerdem wurde die Pressefreiheit in den Mitgliedsstaaten des Deutschen Bundes aufgehoben.

Die damaligen Behörden meinten, gute Gründe für ihr Handeln zu haben. Ihnen ging es um die Aufrechterhaltung der legitimistischen Ordnung monarchischer Herrscher „von Gottes Gnaden“ und den Schutz dieser Ordnung nach den Erfahrungen der Französischen Revolution mit ihrer Schreckensherrschaft 1793/94 (annähernd 200.000 Todesopfer) vor „Demagogen“, Hetzern, revolutionären Jakobinern und Terroristen. Dabei entwickelten sie durchaus den Jakobinern ähnliche Züge und sahen sich schließlich nur noch in der Lage, die innere Ordnung der deutschen



Staaten mit reiner Polizeigewalt und Willkür aufrecht zu erhalten.

Auch die heutigen Behörden sehen die gegenwärtige Ordnung durch „Rechtsextremisten“, „Querdenker“, „Verschwörungstheoretiker“ und andere „Staatsfeinde“ gefährdet und suchen deren Wirkungsmöglichkeiten durch zunehmend polizeistaatliche Methoden einzuschränken. Wie schon im Deutschland des Vormärz, sind auch heute die Hüter der bestehenden Ordnung bestrebt, ihre „Delegitimation“ durch weite Teile der Bevölkerung zu bekämpfen.

Vor diesem Hintergrund veranstaltete der Politiker, Wirtschaftswissenschaftler und Mäzen, Professor Max Otte, in den Jahren 2018-2020 ein „Neues Hambacher Fest“, um gegen zensurähnliche Zustände in den Medien, eingeschränkte Demokratie und zunehmende

Oligarchisierung in Deutschland wie auch in der EU und die Angriffe der EU gegen Polen und das Ungarn Viktor Orbans. Um weitere Fortsetzungen des „Neuen Hambacher Festes“ auszuschließen, beschloß die von Politikern des Landes Rheinland-Pfalz getragene „Stiftung Hambacher Schloss“ im Frühjahr 2021 eine neue Besucherordnung, die künftig Veranstaltungen mit „extremistischen“, „rassistischen“, „antisemitischen“ oder „antidemokratischen“ Inhalten verbietet. Mittels dieser sämtlich unbestimmten Rechtsbegriffe, deren Auslegung sich die Stiftung selber vorbehält, hofft man, künftig weitere Veranstaltungen von „Rechtspopulisten“ im Schloß zu verhindern. Otte hatte überdies 2018 den Begriff „Neues Hambacher Fest“ durch eine von ihm gehaltene Firma als Wortmarke im Markenregister eintragen lassen. Auf juristischen Druck der Stiftung und der rheinland-pfälzischen Behörden hat das Deutsche Patent- und Markenamt im Septem-

ber 2021 nun auch diese Eintragung für nichtig erklärt und gelöscht. Das Vorgehen der Stiftung und der Behörden belegt aber im Grunde nur Ottes Feststellung von 2018: „Es herrschen zensurähnliche Zustände“.

Damals wie heute waren es bornierte Beamte und Politiker, die eine von ihnen problematisch gemachte Ordnung in Unordnung stürzten, weil sie nicht der wesentlichsten Voraussetzung für einen innergesellschaftlichen Konsens vertrauten: nämlich

der Freiheit. Denn wirklich legitim ist nur ein Staat, in dem jeder seine Gedanken aussprechen kann, ohne als Verschwörer und Feind verdächtigt zu werden. Professor Eberhard Straub hat dies Anfang Februar in der Jungen Freiheit (JF 6/22) wie folgt zusammengefasst: „Eine Ordnung, die sich mehr auf die Polizei und die Abwehr von Verschwörern verläßt als auf die kräftigen Ideen von Recht und Freiheit, verliert ihr Gleichgewicht und wird fragwürdig.“

M. B.



Oben: Das von Max Otte 2018 wiederbelebte Neue Hambacher Fest fand nach dreimaligem Stafffinden 2021 nicht mehr statt. Die Repression des Kartells schränkten die Nutzung für Konservative ein. Unten: Guter Bildschirmhintergrund, Unbekannter Künstler.





Wer wissen will, wie die verschiedenen Rechtsparteien in Europa ticken, sei auf dieses Buch verwiesen. Der AfD-Bundestagsabgeordnete und Politikwissenschaftler Petr Bystron porträtiert in seinem Buch führende Politiker von Rechtsparteien aus verschiedenen europäischen Ländern. Vorgestellt werden u. a. der Italiener Matteo Salvini, die Französin Marine Le Pen, der Niederländer Geert Wilders, der Brite Nigel Farage, der Österreicher Heinz-Christian Strache, der Ungar Victor Orban und der Tscheche Václav Klaus. So unterschiedlich wie die Personen sind auch die von ihnen vertretenen Parteien. Aber alle eint die Ablehnung der gegenwärtigen europäischen Politik, die EU auf Kosten ihrer Mitgliedsstaaten zu einem Bundesstaat zu entwickeln. Alle eint auch der Gedanke der nationalstaatlichen Souveränität und der Kampf gegen den politischen Mainstream und dessen globalistische Agenda. Bei aller ansonsten gegebenen Unterschiedlichkeit arbeiten alle diese Parteien aber bei der Verfolgung dieser Ziele auf europäischer Ebene zusammen.

Unterschiedlich sind indes ihre Erfolge auf nationaler Ebene in den einzelnen Ländern Europas. Mat-

teo Salvini verlor seine Stellung als machtkräftiger Innenminister und ist nun Oppositionsführer in der italienischen Abgeordnetenversammlung. Le Pen und Wilders blieben Oppositionsführer, die die Politik ihrer Länder nur vom Spielfeldrand verfolgen konnten. Der Österreicher Strache stürzte im Ergebnis der mit geheimdienstlichen Methoden inszenierten „Ibiza-Affäre“ vom Amt des Vizekanzlers ins Bodenlose und spielt heute keine nennenswerte politische Rolle mehr. Nigel Farage hingegen war in der Erreichung seiner Ziele – nämlich des Brexits – erfolgreich, machte damit aber zugleich seine politische Bewegung überflüssig. Viktor Orban und Václav Klaus waren hingegen erfolgreich und wurden erfahrene Staatslenker ihrer jeweiligen Länder. Orban verkündete dann auch in seiner berühmten Rede auf der 29. Freien Sommeruniversität in Băile Tușnad vom 28. Juli 2018 den Antritt einer neuen Politikergeneration:

„Die antikommunistische, christlich verpflichtete, über Nationalgefühl verfügende Generation kommt jetzt, tritt in die europäische Politik ein. Vor dreißig Jahren haben wir noch gedacht, Europa sei unsere Zukunft, und heute denken wir, dass wir die Zukunft Europas sind. Vorwärts!“

Bystrons persönliche Bekanntschaft mit etlichen der von ihm vorgestellten Politiker macht sein Buch noch zusätzlich lebhaft und interessant. Am Ende des Buches erläutert Bystron nachvollziehbar, warum es kein Kapitel über eine Führungspersonlichkeit der neurechten Bewegung aus Deutschland gibt. Dabei bleibt er zurückhaltend und vor allem sehr höflich, denn leider spielt die AfD auf europäischer Ebene innerhalb der Eurorechten durchaus eine Sonderrolle. Das mag zum einen mit der verdrückten Rolle

zusammenhängen, die Ex-AfD-Chef Meuthen dort gespielt hat, zum anderen sind aber auch die potentiellen europäischen Partner der AfD ihren jeweiligen nationalstaatlichen Interessen verpflichtet, zu denen u. a. auch die weitere finanzielle Abschöpfung Deutschlands im Rahmen der EU gehört. Da paßt der Beschluß des Dresdener Parteitags vom April 2021 über einen möglichen Dexit nicht in das Weltbild der Zahlungsempfänger, so daß die AfD zumindest bei den Nutznießern der gegenwärtigen Situation nicht auf Partner hoffen kann. Die Zukunft wird zeigen, ob und wie sich dieser Widerspruch auflösen lassen wird.

Insgesamt ein lesenswertes Buch, das geeignet ist, den eigenen Horizont über den nationalen Tellerrand hinaus zu weiten.

Herbert Hermann

Petr Bystron „Make Europe Great Again. Die neurechte Politikergeneration“

Manuscriptum Verlag, 2021, 329 S., 24,- €, ISBN 978-3-948075-64-4

Handsignierte Autorenexemplare können in der Staatsreparatur zum Buchhandelspreis erworben werden.



Volles Haus in der Staatsreparatur: Jürgen Elsässer



Mein Name ist Jürgen Elsässer, Ich bin Deutscher. Diese Begrüßung ist schlicht aber klar.

Wer von sich selbst im Inland sagt, er sei Deutscher, ist gemäß woker Definitionen bereits ein Extremist.

Er müßte wenigstens hinzufügen, daß nach der Uno, daß nach der UNO-Menschenrechtskonvention jeder Mensch das Recht hat, an einem selbstgewählten Ort der Erde seinen Aufenthalt zu wählen. Ob da auch steht, daß jeder Mensch an jedem Ort der Erde das Recht hat, Deutscher zu sein und deutsche Sozialleistungen zu beziehen, entzieht sich meiner Kenntnis. Da ich aber nicht vom Verfassungsschutz beobachtet werden will, konstatiere ich an dieser Stelle, daß es zumindest wünschenswert ist und für die Deutschen würdig wäre.

Nein, Scherz beiseite.

Jürgen Elsässer beschrieb vor vollem Auditorium glaubhaft sei-

nen Weg vom politisch Linken zum Patrioten.

Wichtig war für ihn sein christlich geprägtes Elternhaus in Süddeutschland, das ihm ermöglichte, durch seine Regeln ein festes Wertesystem

*Mein Name ist
Jürgen Elsässer.
Ich bin Deutscher.*

zu entwickeln. Wenn auch der junge Elsässer vieles anders sah als seine Eltern. Im System Jürgen Elsässer war freies Denken selbstverständlich. Das sahen viele seiner linke Weggefährten mit Erschütterung.

Eine wesentliche Zäsur im Leben Jürgen Elsässer war der Krieg in Jugoslawien, der sich als Nato-Krieg mit deutscher Beteiligung gegen Ser-

bien entpuppte.

Ein „grüner“ Außenminister, Josef Fischer, alias Joschka Fischer, unterstützte Bombardement auf die Serben, da diese angeblich moslemfeindlich gesinnt wären. Will sagen: „Die Moslems seien die „neuen Juden“.“

Auch andere linke Wahrheiten sah Jürgen Elsässer einstürzen.

Der plakativ demonstrierte Selbsthaß der Linken und Grünen auf alles Deutsche führten bei Elsässer zur Ernüchterung.

Ermutigend ist: Sein konservatives Elternhaus gab ihm die Möglichkeit zur inneren Kurskorrektur.

Elsässer ist heute einer der bekanntesten patriotischen Meinungsmacher. Er verfügt mit Compact über ein scharfes Schwert im innerdeutschen Meinungsstreit.

Dejan Senic



Filmbesprechung: Winterkrieg

Am 30. November 1939 überfiel Russland sein Nachbarland Finnland. Bereits seit Anfang Oktober hatten auf russischen Druck in Moskau Verhandlungen begonnen, in denen Russland von Finnland Gebietsabtretungen und die Einräumung eines Flottenstützpunktes südwestlich von Helsinki forderte. Am 10. Oktober 1939 bezog die finnische Armee Stellungen an der finnisch-russischen Grenze. Hier setzt der finnische Spielfilm „Winterkrieg“ ein, der 1989 zum 50. Jahrestag des russischen Überfalls in die finnischen und schwedischen Kinos kam und den finnischen Teilnehmern des Winterkrieges 1939/40 gewidmet ist.

Die Filmhandlung beginnt am 13. Oktober 1939 und beschreibt das Schicksal einer Gruppe von Reservisten und Freiwilligen aus der westfinnischen Stadt Kauhava, die an diesem Tage zum finnischen Jägerregiment 23 einberufen werden. Im Mittelpunkt des Films stehen die Brüder Martti und Paavo Hakala, die zu den einberufenen Reservisten gehören. Der Film zeigt zunächst die langen Wochen des Oktober und November 1939, während die quälenden Verhandlungen in Moskau andauern. Dann wird das Jägerregiment 23 nach Karelien verlegt und bezieht noch vor dem russischen Angriff seinen Frontabschnitt im Osten der Karelischen Landenge. Mit Beginn des Angriffs ziehen sich die Finnen auf ihre ausgebaute Hauptverteidigungslinie, die sog. „Mannerheim-Linie“ zurück, die im Osten der Karelischen Landenge entlang des Flusses Taipale verläuft.

Von nun an steht das Schicksal der kämpfenden Truppe im Mittelpunkt des Films. Bei minus 40° erleben die Soldaten die Hölle des Winterkrie-



ges. Den russischen Panzern und Flugzeugen können die Finnen nur ihre einfachen Infanteriewaffen und selbstgebauten Molotow-Cocktails entgegensetzen. Am 6. Dezember versuchen zwei russische Divisionen an drei Stellen den Taipale zu überqueren. Das Gelände ist flaches Ackerland, das den Angreifern kaum Deckung bietet, und die finnische Artillerie verursacht schwere Verluste. Schließlich gelingt es den Russen aufgrund ihrer schieren Übermacht aber doch, unter schwersten Verlusten einen Brückenkopf am anderen Ufer des Taipale zu errichten und diesen allmählich zu vergrößern. Viele von Marttis Kameraden (darunter auch sein Bruder Paavo) finden einen eisigen Tod. Der Film bildet damit größtenteils Kampfhandlungen aus dem ersten Monat des Krieges ab, die das zeigen, was als Schlacht von Taipale in die finnische Geschichte eingegangen ist.

Zum Ende des Films rücken die bis dahin noch überlebenden Soldaten in neue Stellungen ein, wo sie alsbald wehrlos einem flammenden Inferno ausgesetzt sind. Nach dessen Ende

erfahren die wenigen verbliebenen Soldaten von ihrem Kompanieführer, dass der Waffenstillstand unmittelbar bevorsteht. Der Krieg ist vorbei und vorerst für Finnland verloren. Aber zu welchem Preis? War es das wert? Immerhin hat Finnland durch seinen Widerstand seine Eigenstaatlichkeit und Souveränität behalten.

Der Film, der in Deutschland nicht ins Kino kam, ist hier 2015 erstmals auf DVD und Blu-ray erschienen, wofür der Film auch erstmals ins Deutsche synchronisiert wurde.

Angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine erscheint der Film (FSK 16) von ungeahnter Aktualität und zeigt, was im Zweifelsfall von Russland zu erwarten ist.

Herbert Hermann

Impressum
Adresse: Andreas Wild MdA (2016-2021)
Jungfernstieg 4 b
12207 Berlin
Telefon: 030-209677555
Email: wild@staatsreparatur.de

Warum sich manche Parteigliederungen schwertun, ihre Mitglieder in Argumentation, Kommunikation, Politik und Geschichte zu schulen, mag auf den ersten Blick für Neumilglieder oder Außenstehende nicht nachvollziehbar sein.

Die Desiderius-Erasmus-Stiftung bietet Online-Seminare an, Präsenzseminare professioneller Trainer sind teuer. Sebastian Maack bot den Bezirken Berlins kostenlose Rhetorikschulungen an. Dieses Angebot wurde aber mit Schweigen der Vorstände außerhalb Reinickendorfs bedacht und damit abgelehnt.

Im Parteiengesetz heißt es, Parteien seien ein verfassungsrechtlich notwendiger Bestandteil der freiheitlichen Grundordnung.

Gemäß § 1 Abs. 2 wirken sie „an der Bildung des politischen Willens des Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens mit, **indem sie insbesondere auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung Einfluß nehmen, die politische Bildung anregen und vertiefen, die aktive Teilnahme der Bürger am politischen Leben fördern, zur Übernahme öffentlicher Verantwortung befähigte Bürger heranbilden**, sich durch Aufstellung von Bewerbern an den Wahlen in Bund, Ländern und Gemeinden beteiligen, auf die politische Entwicklung in Parlament und Regierung Einfluß nehmen, die von ihnen erarbeiteten politischen Ziele in den Prozeß der staatlichen Willensbildung einführen und für eine ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen sorgen.“

Das heißt, Parteien und deren Führungspersonal auf allen Ebenen, sind nicht nur augerufen in Reden vor den

Staatsreparatur

Seminar Konterrhmetik

Dipl.-Philosoph
Peter Feist im
Auftrag des
Christian-Wolff-
Bildungswerk e.V.

Sa, 10.9., 9-16.00 Uhr
Jungfernstieg 4b
12207 Berlin, S-Bhf. Lichtenfelde-Ost



deutschen Parlamenten und in den Medien die Parteiposition und sich selbst darzustellen, sondern vor allem dafür zu sorgen, das das Volk in den politischen Prozeß eingebunden, politisch gebildet und zur Übernahme politischer Verantwortung herangebildet wird.

Machen das die Vorstände der Gliederungen im rechts-konservativen Raum?

Wer schon länger dabei ist, hörte schon mal den Satz von Amts- und Mandatsträgern „Ich züchte mir doch nicht meine eigene Konkurrenz heran.“

Dieses Verhalten ist diametral dem gesetzlichen Auftrag entgegengesetzt.

Richtig: In einer Partei, deren erstes Ziel das Wohl des Volkes ist, kann obige Aussage kein legitimes Argument sein.

Deshalb gilt es, der Partei stetig

Nachwuchs und Anhänger zuzuführen und diese mit dem nötigen Rüstzeug zu versehen.

Bei Wahlen für die der Vergabe von Ämtern könnten die Mitglieder auch mal danach fragen, wer wie viele Neumitglieder geworben hat?

Das der AfD nahestehende Christian-Wolff-Bildungswerk bietet erneut im September ein Rhetorikseminar für zehn politisch Engagierte an.

Peter Feist, der unzählige Rhetorikseminare durchgeführt hat, wird es leiten.

Die Raumfrage in Steglitz-Zehlendorf ist durch die Staatsreparatur geklärt. Pankow hat seine Blankenburg! Eine Zusammenarbeit dieser beiden Berliner Leuchttürme ist in Arbeit!

Andreas Wild





Vor 100 Jahren - Der Mord an Rathenau

Vor 100 Jahren, am 24. Juni 1922, wurde Reichsaußenminister Walther Rathenau von bösartig verblendeten Rechtsextremisten in Berlin-Grünwald auf offener Straße ermordet.

Die Mörder hatten damit einen der talentiertesten und bedeutendsten Köpfe seiner Zeit in Deutschland getötet. Rathenau war sowohl Industrieller, Schriftsteller, deutscher Patriot von untadeliger nationaler Gesinnung, Wirtschaftsorganisator, deutscher Diplomat und liberaler Politiker gewesen.

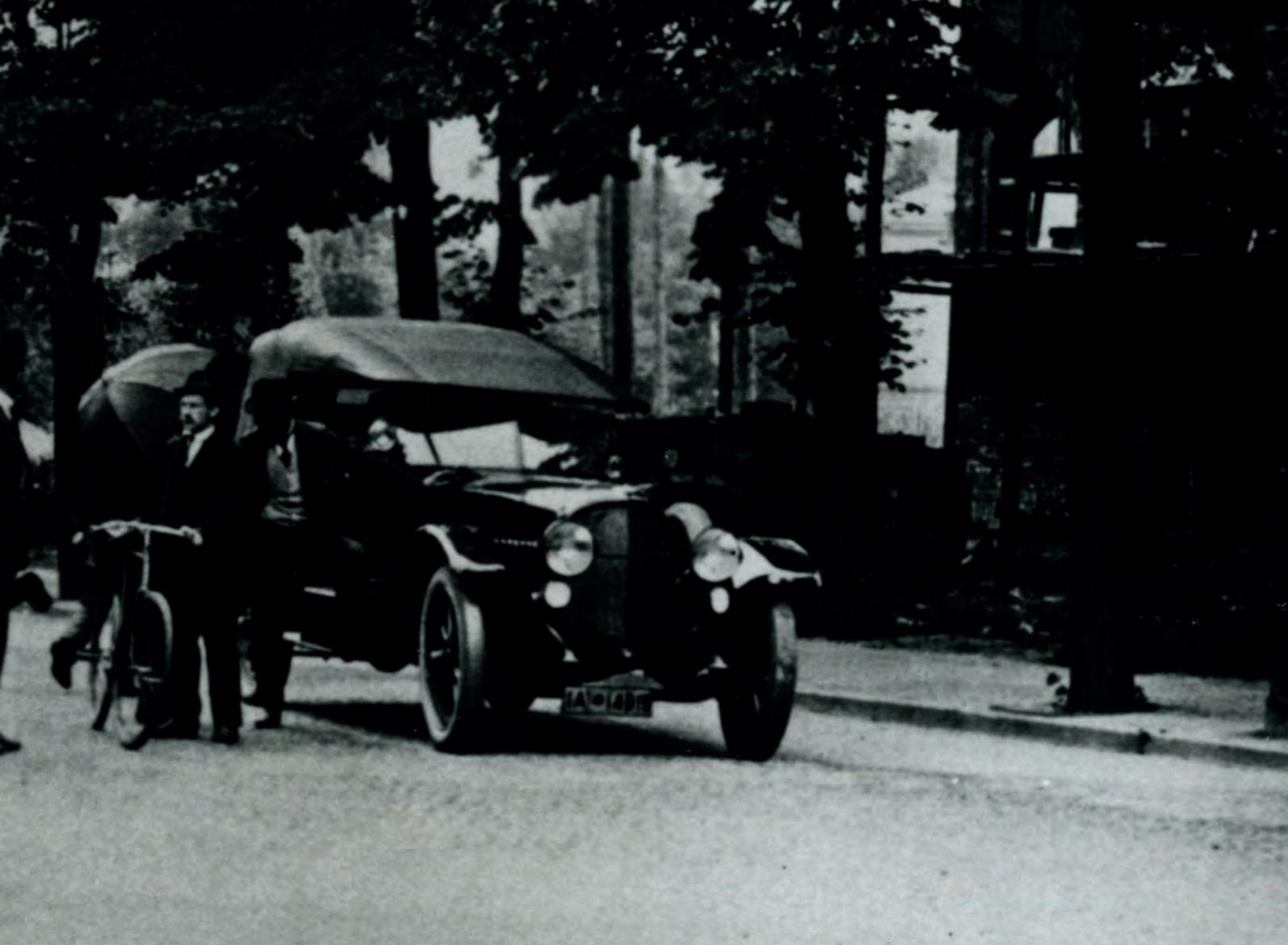
Walther Rathenau war am 29. September 1867 in Berlin als ältester Sohn des Industriellen und späteren

Gründers der AEG, Emil Rathenau, und dessen Ehefrau Mathilde geboren worden und in Berlin aufgewachsen. Nach dem Studium der Physik, Philosophie und Chemie trat er 1893 in die väterlichen Gesellschaften ein und übernahm zunächst die Leitung der Elektrochemischen Werke in Bitterfeld. Seit 1899 war er in leitenden Positionen für die AEG tätig, zunächst im Vorstand, dann ab 1904 im Aufsichtsrat, dessen Vorsitzender er 1912 wurde. Zugleich vereinte er seit 1904 nach und nach mehr als 80 Aufsichtsratsposten auf sich. Hierbei setzte er sich erfolgreich für eine Konkurrenzverminderung in der deutschen Elektroindustrie durch Kartelle, Syndikate und Fusionen ein. Die erfolgreich von

ihm betriebene Kartellpolitik ließ ihn bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 zum Leiter der neu eingerichteten Abteilung für Kriegsrohstoffversorgung im Preußischen Kriegsministerium werden.

Als Leiter der Kriegsrohstoffabteilung gelang es Rathenau die Verteilung der kriegswichtigen Rohstoffe zu organisieren und hierbei zugleich eine staatliche Beaufsichtigung der deutschen Industrie durch Kriegswirtschaftsgesellschaften einzuführen. Wahrscheinlich verhinderte er damit eine schwere Materialkrise in der deutschen Kriegswirtschaft, sah selbst darin aber auch Ansätze für neue gemeinschaftliche Formen. Es gelang ihm





Tatort des Mordes an Reichsaußenminister Walther Rathenau am 24. Juni 1922: Königsallee an der Einmündung Erdener Straße und Wallotstraße mit Blickrichtung Süden.

zumindest, die durch die britische Seeblockade sofort spürbaren Defizite bei der Versorgung mit kriegswichtigen Rohstoffen vorerst einzudämmen.

Nach dem Tod seines Vaters zog sich Rathenau im März 1915 von der Leitung der staatlichen Aufsichtsbehörde zurück und widmete sich hinfort der Leitung der AEG. Hier konzentrierte er sich bis zum Ende des Krieges auf die Organisation der Rüstungsfabrikation der AEG und Planungen zur Rückumstellung auf die Friedensproduktion.

Rathenau entwarf im Zuge des Ersten Weltkrieges das ökonomische Modell der zentral gelenkten modernen Planwirtschaft. Seiner Auffassung

nach hatte die freie Marktwirtschaft unter den Bedingungen des Krieges versagt, riesige Profite standen dem sozialen Elend gegenüber. Zudem drohte Deutschland unter fortwährenden Streiks und Klassenkämpfen zu kollabieren. Er verfügte als Präsident der AEG über die nötige konzerninterne Macht, ferner reichte Rathenaus Einfluss weit über seinen Konzern hinaus.

Seine Überlegungen hierzu faßte Rathenau 1917 in seinem bedeutendsten Buch „Von kommenden Dingen“ zusammen. Die Grundannahme in der Theorie des von Rathenau aufgestellten planwirtschaftlichen Modells besagt, dass sich Markt und zentrale staatliche Planung nicht unbedingt

ausschließen müssen. Planwirtschaft lasse sich, daran glaubte nicht nur Rathenau, als notwendige Ergänzung zum Marktmechanismus begreifen. Sie könne dabei helfen, sowohl soziale Schief lagen zu vermeiden, als auch der Rohstoff- und Ressourcenverschwendung entgegenzutreten. Und sie sei ein Mittel gegen überzogene Profite.

Lenin nahm sich Teile von Rathenaus Modell der Planwirtschaft zum Vorbild, als er nach der streng zentralistischen Phase des sogenannten Kriegskommunismus Konzessionen an marktwirtschaftliche Elemente machte. Aber auch die Nationalsozialisten griffen bei ihrer Wirtschaftslenkung auf Rathenaus Konzept zurück, als sie die Privatinteressen von Rü-



Bundesarchiv, Bild 183-Z1117-502
Foto: n.Ang. [27. Juni 1922]

Trauerfeier für Walther Rathenau am 27. Juni 1922 im Deutschen Reichstag in Berlin

stungsunternehmen hinter das politisch-militärische Gesamtinteresse des NS-Staates zurückzwingen.

Noch im Oktober 1918 gehörte Rathenau zu den „Falken“, kritisierte den angestrebten Waffenstillstand und rief zum „nationalen Widerstand“ auf, um spätere Verhandlungen zur Beendigung des Krieges aus einer besseren Position heraus führen zu können.

Gleichwohl gehörte er einen Monat später zu den Mitbegründern der linksliberalen „Deutschen Demokratischen Partei“ (DDP). Als Wirtschaftsfachmann war er 1920 Mitglied der 2. Sozialisierungskommission, einer Expertengruppe, die im Auftrage der Reichsregierung Überlegungen zur Sozialisierung von Teilen der deutschen Wirtschaft anstellen sollte, und nahm als Mitglied der deutschen Delegation an der Konferenz von Spa zur Regelung der von Deutschland zu erbringenden Reparationen teil. Wegen seines Verhandlungsgeschicks und

internationalen Ansehens wurde er im Mai 1921 Wiederaufbauminister im ersten Kabinett des Reichskanzlers Joseph Wirth. Im Oktober 1921 schloss er mit Frankreich das Wiesbadener Abkommen über privatwirtschaftliche deutsche Sachlieferungen an französische Kriegsgeschädigte. Spätestens jetzt geriet Rathenau aber wegen seiner konzilianten Haltung gegenüber dem Westen in das Visier nationalistischer Kreise, die ihn auch antisemitisch anfeindeten.

Nachdem Rathenau Ende Oktober 1921 im Zuge einer Regierungsumbildung aus der Reichsregierung ausgeschieden war, wurde er bereits am 31. Januar 1922 zum Reichsaußenminister berufen. Als solchem gelang es ihm, die außenpolitische Isolierung des Reiches zu durchbrechen und durch den Vertrag von Rapallo vom 16. April 1922 (vgl. Trendheft April 2022) eine Verständigung Deutschlands mit der Sowjetunion anzubahnen. So sehr dies im Interesse Deutschlands liegen sollte, so sehr machte dies Rathenau

erst recht zum Feindbild für antikommunistisch und antisemitisch geprägte Rechtsextremisten.

Teile dieser Szene hatten sich in der geheimen Untergrundorganisation „Organisation Consul“ (O.C.) zusammengefunden. Einer der bedeutendsten Aktivisten der O.C. war der ehemalige Oberleutnant zur See Erwin Kern, der es persönlich unternahm, den Mordanschlag auf Rathenau zu planen, vorzubereiten und schließlich auch durchzuführen. Dabei war Kern die Größe und Bedeutung der Persönlichkeit Rathenaus durchaus bewußt. Der damalige Mitverschwörer und spätere Schriftsteller Ernst von Salomon hat 1930 in seinem autobiographischen Roman „Die Geächteten“ folgende Äußerung Kerns überliefert: „Rathenau, ja, Rathenau. Dieser Mann ist Hoffnung. Denn er ist gefährlich. In seine Hand ist mehr gelegt, als je in eine Hand seit dem November 18. Wenn zu einem Manne das Schicksal mit seiner Forderung kam, mit seiner leidenschaftlichsten Forderung, dann ist es dieser Mann. Er hat die bitterste Kritik der Menschen und der Mächte seiner Zeit geschrieben. Und doch ist er ein Mensch dieser Zeit und hingegen diesen Mächten. (. . .) Aber wenn dieser Mann dem Volke noch einmal einen Glauben schenkte, wenn er es noch einmal emporrise zu einem Willen, zu einer Form, die Willen und Form sind einer Zeit, die im Kriege starb, die tot ist, dreimal tot, das ertrüge ich nicht“.

Rathenau hatte noch kurz vor seinem Tode im Reichstag harte Kritik an dem Auftreten der alliierten Besatzungsbehörden im Westen Deutschlands geübt und diese Besatzung als das typische Beispiel einer Fremdherrschaft abqualifiziert. Dennoch war man von deutschnationaler Seite weiter mit üblen Haßtiraden über ihn hergefallen und hatte ihm vorgeworfen, ein Landesverräter zu sein, der vor den Staats-



gerichtshof gehöre.

Am Morgen des 24. Juni 1922 wollte Rathenau ins Auswärtige Amt in der Wilhelmstraße um einer Prüfung von Konsularsanwärtern beizuwohnen. Noch am Abend zuvor hatte er bei einem Essen in der amerikanischen Botschaft den deutschen Standpunkt in der Reparationsfrage erläutert und eine Abkehr von seiner bisherigen „Erfüllungspolitik“ erkennen lassen. Trotz zahlreicher konkreter Attentatswarnungen fuhr Rathenau auf eigenen Wunsch ohne Polizeischutz. Nahe seiner Villa in der

Koenigsallee 65 wurde sein Wagen von dem Fahrzeug der drei Attentäter abgepasst, die dem Wagen des Ministers folgten. Als Rathenaus Chauffeur kurz vor der Kreuzung Erdener-/Wallotstraße angesichts der folgenden S-Kurve abbremste, überholte der verfolgende Wagen und Kern gab während des Überholvorgangs einen Feuerstoß aus einer deutschen Maschinenpistole MP 18/1 auf Rathenaus Wagen ab, während sein Mitattentäter Fischer eine Handgranate in den Wagen warf. Der von fünf Schüssen getroffene Rathenau verstarb binnen weniger Minuten, während die Attentäter durch die Wallotstraße und anschließend die Herbertstraße davon rasten.

Der Mord an Rathenau erschütterte die Menschen in Deutschland, wie man es nicht für möglich gehalten hätte, und stärkte letztendlich die Weimarer Republik. Reichspräsident Ebert erließ noch am Tage des Attentats eine „Notverordnung zum Schutze der Republik“, der am 21. Juli 1922 das „Republikenschutzgesetz“ folgte. Unter dem Eindruck des Attentats gab auch die rechtsliberale „Deutsche Volkspartei“ (DVP) unter Gustav Stresemann ihre der Republik gegenüber bislang ablehnende Haltung auf.

Die Mörder, deren geplante Flucht

ins Ausland mißlungen war, irrten, von der auf Hochtouren arbeitenden Polizei gejagt, länger als drei Wochen durch Deutschland, ehe sie am 17. Juli 1922 auf der Burg Saaleck bei Bad Kösen, die einem O.C.-Mitglied gehörte, von der Polizei gestellt wurden. Da sich die beiden nicht ergeben wollten, kam es zu einem Schusswechsel, bei dem Kern tödlich getroffen wurde. Fischer erschoss sich daraufhin selbst.

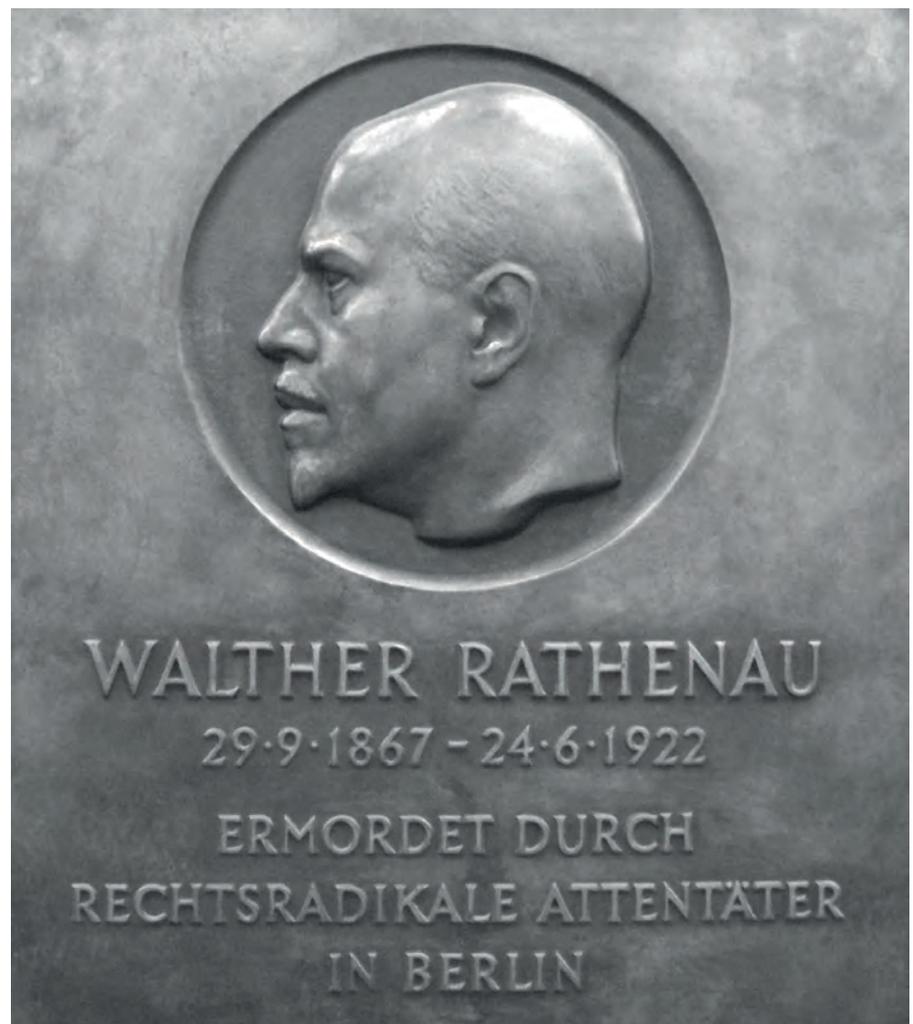
Die Nationalsozialisten solidarisierten sich noch während der Weimarer Republik mit den Attentätern. 1933 tilgten sie demonstrativ jede Erinnerung an Rathenau. Auch die Gedenktafel am Ort seiner Ermordung wurde entfernt. Für die Attentäter wurde am 17. Juli 1933 dagegen ein Staatsakt in Saaleck veranstaltet. Die Burg wurde eine Gedenkstätte der SS, die hier mit Kern eines ihrer Vorbilder ehrte.

Heute erinnert an die Ermordung Rathenaus wieder ein am 23. Oktober 1946 von der damaligen Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands gesetzter Gedenkstein in der Koenigsallee in Berlin-Grunewald mit folgendem Wortlaut:

Die Liberal-Demokratische Partei
Deutschlands

Dem Andenken an
WALTHER RATHENAU
Reichsaußenminister der deutschen Republik
Er fiel an dieser Stelle durch Mörderhand
am 24. Juni 1922
Die Gesundheit eines Volkes
kommt nur aus seinem inneren Leben
Aus dem Leben seiner Seele und seines
Geistes
Oktober 1946

M. B.





Berlin in Not

Schmeckt der Döner trotz Halalschlachtung? Kann man Delegierte auf den Bundesparteitag schicken, obwohl das Landesschiedsgericht festgestellt hat, die Wahlen wären regelwidrig verlaufen?

Es gibt Dinge, die man in einer Rechtsstaatspartei nicht ohne weiteres versteht. Auf einem Landesparteitag werden Delegierte gewählt, die gar nicht zur Wahl angetreten waren.

Die unprofessionelle Wahlleitung ließ sich von einem Mitglied des Bundesvorstands anweisen, zusätzliche Bewerber aufzunehmen. Klingt nach Bananenrepublik, ist aber AfD-Berlin.

Es gab nun vier Möglichkeiten, welche Delegierten Berlin in Riesa vertreten.

1. Die im Mai 2019 gewählten Delegierten vertreten den Landesverband

2. Der Landesverband lädt kurzfristig zu einer Neuwahl der Delegierten ein, was durch Wegfall der Corona-Diktate ohne weiteres möglich gewesen wäre.

3. Die Delegierten werden per Briefwahl neu bestimmt. Niedersachsen macht das so.

4. Berlin schickt die Schummeldelegierten, wissend, daß diese nicht legitimiert sind.

Was macht der Landesvorstand unter Dr. Kristin Brinker?

Man entschließt sich nach eingehender Beratung durch juristische Experten (man muß irgendwie an Karl Lauterbach denken) zur vierten Variante. Der Schummelvariante.

Wozu geschieht das? Wenn Sie sich die Liste der Delegierten anschauen,

fällt auf, daß das Storchlager deutlich überwiegt, obwohl es bei den Berliner Mitgliedern eher eine Mehrheit für „Mut zur Wahrheit“ gibt.

Wer öffentlich für den Verzehr von Dönerfleisch eintritt, der scheint das Problem der Halalschlachtung sowie der schleichenden kulinarischen Enteignung der deutschen Eßkultur nicht erkannt zu haben.

Da der Bundesparteitag aufgrund der Storch'schen Einflüsse ohne Berliner Delegierte stattfinden wird, ergibt sich die Frage von Ordnungsmaßnahmen gegen die Verursacherin.

Wann reißt der Parteibasis die Hut-schnur?

Andreas Wild

